

Werden Sie aktiv!

Mit der Meldung als Wahlkampfunterstützer/in können Sie genau sagen, was Sie machen wollen. Gemeinsam wollen wir den Wahlkampf der LINKEN ins ganze Land tragen und vor Ort DIE LINKE bekannt machen. Wir werden täglich mehr. Werden Sie Teil unserer großen Wahlkampagne. Füllen Sie das Formular aus und schicken Sie es an die unten stehende Adresse oder aktivieren Sie sich unter:

www.linksaktiv2013.de

Ja, ich will:

- mehr Informationen über DIE LINKE
- Material zum Verteilen
- Mitglied der LINKEN werden

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Warum DIE LINKE?

- DIE LINKE steht für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns: 10 Euro pro Stunde.
- DIE LINKE will Hartz 4 abschaffen und durch eine Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen.
- DIE LINKE will Reiche und Kapital besteuern: Unser Steuerkonzept bringt jährlich Mehreinnahmen von 180 Milliarden Euro.
- DIE LINKE will die Rente mit 67 abschaffen und zu einer solidarischen Sozialversicherung zurückkehren.
- DIE LINKE unterstützt den Kampf gegen Nazis und Rassismus.
- DIE LINKE ist gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- DIE LINKE fordert ein Ende der Überwachung im Internet und die Auflösung der Geheimdienste.
- DIE LINKE mobilisiert gemeinsam mit Gewerkschaften und Bewegungen für mehr Widerstand auf den Straßen und in Betrieben, um diese Ziele zu erreichen.

DIE LINKE. Hessen

Allerheiligentor 2-4
60311 Frankfurt am Main

Tel.: 069/706 502

twitter.com/ch_buchholz

facebook.com/buchholz.christine

Mail: christine.buchholz@bundestag.de

<http://christinebuchholz.de>



DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

100% sozial –
100% gegen Krieg
Christine Buchholz.

Bundestagskandidatin
für den Wahlkreis Offenbach.



Blockupy! Besetzung des Frankfurter Paulsplatz, Mai 2012.

Christine Buchholz, 42 Jahre

- verheiratet, zwei Kinder
- Staatsexamen Erziehungswissenschaften, Politik und Religion
- 1995 bis 2005 Assistentin für Behinderte, aktiv als Betriebsrätin und ÖTV-Vertrauensfrau
- seit 2009 Mitglied des deutschen Bundestages, Friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.
- Mitglied in den Untersuchungsausschüssen zur Bombardierung von Zivilisten in Kundus (2009) und zur Eurohawk-Drohnenaffäre (2013)

100% sozial – 100% gegen Krieg

– dies ist das Motto, unter dem ich für DIE LINKE zum Bundestag kandidiere. Denn die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in den vergangenen vier Jahren die soziale Ungleichheit verschärft, und zugleich deutsche Soldaten in immer mehr Auslandseinsätze geschickt.

Während die Steuerzahler zur Rettung der europäischen Banken in der Eurokrise zur Kasse gebeten wurden, griffen EU und Bundesregierung zugleich Löhne, Renten und Sozialstaat in Südeuropa an. DIE LINKE stimmte gegen die Einführung dieser milliarden schweren Bankenrettungsprogramme. SPD und Grüne haben die schwarz-gelbe Koalition dabei unterstützt.

Die Bundesregierung hat Erwerbslose weiter geschöpft, während an Hoteliers Steuer geschenke verteilt wurden. Sie hat auch den Niedriglohnsektor weiter ausgedehnt. Folge: immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Doch das Privatvermögen hat sich in den vergangenen 15 Jahren nahezu verdoppelt.

Der Reichtum muss „unfairteilt“ werden! Es kann nicht angehen, dass in Offenbach das Klinikum an ein profitorientiertes Unternehmen verschertelt wird, während die Reichen im Land Besitz in Höhe von mehr als zehn Billionen Euro angehäuft haben.

Ich unterstütze die Friedensbewegung in ihrem Widerstand gegen die Militarisie-

rung der deutschen Außenpolitik. Nach der Verlegung von Raketenstaffeln in die Türkei und der Beteiligung am französischen Luftkrieg in Mali sind deutsche Soldaten nun an zehn Militärmissionen beteiligt. Der blutige und sinnlose Einsatz in Afghanistan geht gegen den Willen der Mehrheit der Bundesbürger weiter. Und dennoch unterstützen SPD und Grüne die schwarz-gelbe Koalition bei all diesen Militäreinsätzen.

Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen abgezogen, Rüstungsexporte müssen verboten werden. Die Aufrüstung mit Späh- und Kampfdrohnen kostet den Steuerzahler Hunderte Millionen, die besser in Kitas, Schulen und Schwimmbäder investiert werden sollten.

Protestaktion zum Gedenken der Opfer von Kundus im Plenum des Bundestags, Februar 2010.

